

## **Die deutsche Energiewende und die europäische Energieunion – Gegensatz oder Ergänzung?**

### **I. Einleitung**

Zwei Themen werden zweifelsohne die europäische Energiepolitik in den nächsten Jahrzehnten prägen: Der weitere Ausbau von erneuerbaren Energien im Rahmen der deutschen „Energiewende“ und das allmähliche Zusammenwachsen der europäischen Energiemärkte, welches – wenn es nach den Plänen von Jean-Claude Juncker ginge – in einer sogenannten „Energieunion“ münden könnte. Beide Vorhaben könnten sich gegenseitig ergänzen und bestärken, jedoch auch aufgrund von widersprüchlichen Prioritäten blockieren.

Der Ausbau des Anteils von erneuerbaren Energien ist bereits heute weltweit ein Faktum. Sowohl Industriestaaten als auch Schwellenländer bauen derzeit massiv den Anteil der erneuerbaren Energien an ihrer Stromversorgung aus (jüngstes Beispiel ist Frankreich) oder planen weitgehende Veränderungen des Energiemixes, wie es der „Clean Power Plan“ der USA vorsieht. Als direkte Reaktion auf die Nuklearkatastrophe von Fukushima im Jahre 2011, stimmte der Deutsche Bundestag am 30. Juni 2011 mit großer Mehrheit für den Atomausstieg der Bundesrepublik. Kernziel dieser sogenannten „Energiewende“ ist es, die Energieversorgung auf nachhaltige Weise sicherzustellen. Die Bundesregierung plant, Deutschland zu einer der umweltschonendsten und energiesparsamsten Volkswirtschaften der Welt zu machen, ohne jedoch das Wohlstandsniveau zu beeinträchtigen und an Wettbewerbsfähigkeit einzubüßen. Ein Unterfangen, das seinesgleichen sucht.

Anfang 2015 präsentierte die Juncker-Kommission die neuen energiepolitischen Pläne einer sogenannten „Energieunion“. Die Idee hinter diesem Großprojekt ist es, dass allen EU-Mitgliedsstaaten – trotz offensichtlichen divergierenden Interessen – mit einer zentralistischen gesamteuropäischen Energiepolitik besser gedient ist. Dies gilt insbesondere für Fragen der Versorgungssicherheit oder etwa dem Bestreben, den Klimaschutz zu verbessern.

Auch wenn die Energieunion nicht die gleichen Ziele wie die deutsche Energiewende verfolgt, könnte sie aus europäischer Perspektive eine um ein vielfaches effektivere Energiepolitik ermöglichen. Dabei möchte ich im Folgenden auf einige Aspekte aufmerksam machen.

### **II. Die deutsche Energiewende**

Die deutsche Energiewende ist ein historisches Unterfangen, dessen „Nebenwirkungen“ nicht unerhebliche Chancen und Risiken beinhaltet. Der Erfolg wird einerseits davon abhängen, ob es im Großen und Ganzen gelingen wird, klug abzuwägen zwischen den gegenwärtigen Interessen der Wirtschaft und der konsequenten Verfolgung der Ziele der Energiewende und andererseits, ob die Energiewende à la Bundesrepublik ein Exportschlager wird oder nicht. Dabei stellen insbesondere die durch die Energiewende verursachten steigenden Strompreise eine Gefährdung für die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft dar.<sup>1</sup> Wie schwerwiegend diese Belastungen für Deutschland sind wird deutlich, wenn man bedenkt, dass die produzierende und energieintensive Industrie in Deutschland eine zentrale Säule der Volkswirtschaft bildet – im Gegenteil etwa zu Großbritannien, in dem der Dienstleistungssektor eine solche Position einnimmt.<sup>2</sup> Es liegt auf der Hand, dass viele andere Staaten eine solch schwerwiegende Belastung der eigenen Volkswirtschaft vermeiden wollen und deshalb weiter auf Kohle, Schiefergas und Atomkraft setzen.

1. Gleichzeitig gibt es gute Gründe davon auszugehen, dass diese teuren Maßnahmen auch große Chancen für die Zukunft bergen. Ein im Vergleich frühzeitiger Ausstieg aus der Atomenergie hat der Bundesrepublik eine Vorreiterstellung verliehen, die große Möglichkeiten für Forschung und Entwicklung eröffnet. Auf lange Sicht soll die deutsche Wirtschaft dafür belohnt werden, unter teureren Bedingungen produziert zu haben. Erstens muss die Industrie lernen, trotz höheren Grundkosten konkurrenzfähig zu bleiben und zweitens wird die Innovationskraft für neue grüne und

---

<sup>1</sup> Stand 2014: BdEW

<sup>2</sup>[https://deutsche-bank.de/pfb/data/docs/Re-Industrialisierung\\_Europas\\_\\_Anspruch\\_und\\_Wirklichkeit.pdf](https://deutsche-bank.de/pfb/data/docs/Re-Industrialisierung_Europas__Anspruch_und_Wirklichkeit.pdf)

energieeffiziente Produkte herausgefordert. Laut dem „Renewables Global Status Report“ von 2014 steigt der Anteil der erneuerbaren Energien an der weltweiten Stromproduktion – dass dies lukrative Geschäftsmöglichkeiten für deutsche Unternehmen beinhaltet liegt auf den Hand.<sup>3</sup>

Ein weiterer wichtiger Bestandteil der Energiewende liegt in der Senkung des Energieverbrauchs. Bis 2050 möchte die Bundesregierung den Primärenergieverbrauch verglichen mit dem Jahr 2008 um die Hälfte senken.<sup>4</sup> Der Anteil der Industrie am Stromverbrauch in Deutschland machte innerhalb der letzten 10 Jahre nahezu konstant rund 50% aus.<sup>5</sup> Mit anderen Worten ist die deutsche Industrie – als größte Verbrauchergruppe – unmittelbar von diesem ambitionierten Ziel betroffen. Der Energieverbrauch lässt sich logischerweise nur senken, indem man entweder weniger produziert, oder kostspielige Investitionen in energieeffiziente Technologien oder Fertigungsabläufe vornimmt. Den Energieverbrauch so drastisch zu senken, bedeutet zunächst also einen Wettbewerbsnachteil für diese Unternehmen gegenüber der internationalen Konkurrenz.

2. Andererseits eröffnet die Senkung des Energieverbrauchs die Möglichkeit, unabhängiger von Rohstoffimporten zu werden und damit die Energiesicherheit zu erhöhen. Deutschland importiert derzeit rund 37% seiner Hauptenergieträger – insbesondere Öl und Gas – aus Russland.<sup>6</sup> Wenn ein Staat nun die importierten Mengen mit eigenen Energiequellen ersetzt, hat dies beträchtliche Auswirkungen auf den politischen Einfluss des vormaligen Verkäufers, dessen politisches Gewicht dadurch beträchtlich abnimmt. Langfristiges Ziel der Energiewende ist der fast vollständige Umstieg auf regenerative Energien – auch wenn einem solchen Ziel bisher die Nachahmer fehlen.<sup>7</sup> Das politische Druckmittel, wie es etwa von Russland durch plötzliche

---

<sup>3</sup>[http://www.ren21.net/Portals/0/documents/Resources/GSR/2014/GSR2014\\_full%20report\\_low%20res.pdf](http://www.ren21.net/Portals/0/documents/Resources/GSR/2014/GSR2014_full%20report_low%20res.pdf)

<sup>4</sup>Bundesregierung:[http://www.bundesregierung.de/Webs/Breg/DE/Themen/Energiewende/Fragen-Antworten/1\\_Allgemeines/1\\_warum/\\_node.html](http://www.bundesregierung.de/Webs/Breg/DE/Themen/Energiewende/Fragen-Antworten/1_Allgemeines/1_warum/_node.html)

<sup>5</sup><http://de.statista.com/statistik/daten/studie/152448/umfrage/anteil-der-verbrauchergruppen-am-stromverbrauch-1999-und-2009/>.

<sup>6</sup><http://www.tagesspiegel.de/politik/krim-krise-wie-abhaengig-ist-deutschland-von-russlands-oel-und-gas/9679620.html>

<sup>7</sup><http://www.umweltbundesamt.de/daten/energiebereitstellung-verbrauch/ziele-der-energie-wende>

Einstellung der Gaslieferungen an die Ukraine 2009 vorgemacht wurde, würde auf diese Weise radikal entzogen werden.

3. Ein weiteres Element der Energiewende von globaler Bedeutung ist der Klimaschutz. Die globale Erwärmung – der Trend zu einer steigenden globalen Durchschnittstemperatur – hat langfristig steigende Meeresspiegel, schmelzende Gletscher und die Verschiebung von Klima- und Vegetationszonen zur Folge. Während die konkreten Folgen der globalen Erwärmung nur schwer prognostizierbar und damit nicht unumstritten sind, herrscht Einigkeit darüber, dass Emissionen von Treibhausgasen zumindest zu einem nicht unbeträchtlichen Teil zu dessen Ursachen gehören. Genau an dieser Stelle setzt auch die Energiewende an. Im Kyoto-Protokoll von 1997 haben sich verschiedene Industrieländer verpflichtet, im Zeitraum von 2008-2012 eine Reduzierung ihrer Emissionen zu erreichen. Deutschland hat sich damals ein Ziel von 21% gesetzt, was mit 23,6% letztendlich sogar übererfüllt wurde. Die Bundesregierung plant bis 2020 eine weitere Reduzierung um 20% und bis 2050 sogar um 80-95%. Auf der Ende 2015 anstehenden 21. UN-Klimakonferenz in Paris werden voraussichtlich ähnliche Ziele formuliert werden. Die Energiewende und der damit einhergehende Umstieg auf erneuerbare Energien bieten die Möglichkeit, diese ehrgeizigen Ziele auch zu erreichen und als Industrienation mit gutem Beispiel voranzugehen. Dabei sollte man jedoch im Hinterkopf behalten, dass die deutschen Bemühungen zwar löblich, jedoch auf den tatsächlichen Klimaschutz nur geringe Auswirkungen haben. Allein die Hälfte der weltweiten Kohlendioxid-Emissionen stammt aus China, den USA, Russland und Indien. Deutschlands Anteil an den weltweiten Emissionen beträgt lediglich 2,4%.<sup>8</sup> Ein rein nationaler Ansatz kann also – abgesehen von einer Vorbildfunktion – nur äußerst begrenzt zur Verbesserung des Klimaschutzes beitragen.

### **III. Die europäische Energieunion**

Bereits seit vielen Jahren gibt es die Idee, die Integration der europäischen Energiepolitik zu vertiefen. Im Jahre 2010 forderten der damalige Präsident

---

<sup>8</sup> <http://www.klima-sucht-schutz.de/klimaschutz/klimabilanz/die-groessten-co2-emittenten/>

des Europäischen Parlaments Jerzy Buzek sowie der frühere Kommissionspräsident Jacques Delors eine „Europäische Energiegemeinschaft“, was – aufgrund des gerade erst ratifizierten Lissabon Vertrages - Zeit auf wenig Gehör stieß.<sup>9</sup> Im Februar 2015 jedoch präsentierte der EU-Kommissionsvizepräsident Maroš Šef ovi die ersten offiziellen Pläne der Kommission zur weiteren Integration der europäischen Energiepolitik in Form einer sogenannten Energieunion und zeigte damit, mit welcher hoher Priorität dieses Unterfangen von der Juncker-Kommission behandelt wird. Schon jetzt wachsen die nationalen Strom- und Gasmärkte zunehmend zusammen, so dass eine Debatte rund um diese Frage früher oder später entstehen musste.<sup>10</sup> Die folgenden Hauptpunkte kristallisierten sich heraus: *Versorgungssicherheit und Solidarität, weitere Energiemarktintegration, Erhöhung der Energieeffizienz, Verbesserung des Klimaschutzes sowie Intensivierung von Forschung und Innovation.*<sup>11</sup>

1. Der Europäische Rat gab in großer Einigkeit seine Zustimmung zu den neuen Plänen einer Energieunion, obwohl diese große Kompetenzverschiebungen von den Mitgliedstaaten nach Brüssel zufolge haben würde. Zweifelsohne ist dies auf den noch vagen Charakter der Pläne zurückzuführen, da wichtige Fragen, zum Beispiel inwiefern die Versorgungssicherheit Europas über konventionelle Energieträger (insbesondere Schiefergas, Kohle und Kernenergie) erreicht werden soll oder nicht, im Unbestimmten blieben. Hier hat sich nicht zuletzt auch durch die in Deutschland angestrebte Energiewende so etwas wie ein „energiepolitischer Riss“ aufgetan, welcher – pauschal gesagt – in etwa zwischen den Nord- und Westeuropäern auf der einen und den Mittel- und Osteuropäern auf der anderen Seite verläuft. In Nord- und Westeuropa herrscht große Einigkeit darüber, dass die gegenwärtigen Energiesysteme früher oder später durch umweltfreundliche Systeme ersetzt werden müssen. Die mittel- und osteuropäischen Staaten hingegen, die in hohem Maße von russischem Gas abhängig sind, ordnen ihre energiepolitischen Prioritäten dem Ziel der

---

<sup>9</sup>[http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2009\\_2014/documents/envi/dv/815/815663/815663de.pdf](http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2009_2014/documents/envi/dv/815/815663/815663de.pdf)

<sup>10</sup> Stiftung Wissenschaft & Politik: „Integration der europäischen Energiemärkte“

<sup>11</sup> EU-Kommission Strategiepapier

Versorgungssicherheit unter - und setzen dabei unter anderem auf Kohle und Fracking. Diese schwierige Ausgangslage könnte eine zukünftige Energieunion gefährden. Deshalb können wir davon ausgehen, dass die Kommission nicht den großen Wurf versuchen wird, sondern eine schrittweise Harmonisierung anstrebt, um so den beschriebenen „energiepolitischen Riss“ nicht aufbrechen zu lassen.

2. Im Angesicht der Ukraine Krise hat das Unterfangen der EU-Kommission, vom Europäischen Rat mehr Kompetenzen bei der Aushandlung der Gasverträge übertragen zu bekommen, einen Aufwind erlebt. Der frühere polnische Premierminister Donald Tusk forderte in einem medial viel beachteten Gastbeitrag in der Financial Times im April 2014 vehement, dass die EU-Staaten in Zukunft gemeinsam Gaslieferungsverträge mit Russland verhandeln sollten, um die Verhandlungsmacht deutlich zu erhöhen und die Konditionen für Gesamteuropa zu verbessern.<sup>12</sup> Die EU ist mit 53% der weltweit größte Energieimporteur. Über ein Drittel des von der EU bezogenen Erdgases wird aus Russland importiert; sechs Staaten sind sogar komplett darauf angewiesen. Die offensichtlichen Vorteile eines gemeinsamen Vorgehens liegen auf der Hand, so dass Tusks Vorschlag viel Zustimmung erfahren hat. Kritiker, welche meist aus dem Energiesektor kommen, betonen jedoch, dass ein solches Vorgehen monopolistische Strukturen im Binnenmarkt schaffen würde, was nicht im Einklang mit den Grundsätzen der EU stünde.<sup>13</sup> Schon ein erster Austausch der Ratsarbeitsgruppe deutet auf eine mehrheitliche Ablehnung eines solchen Vorgehens von Seiten der EU-Mitgliedstaaten. Eine weitere Ablehnung wird derzeit auch für die im selben Artikel von Tusk genannte Forderung für mehr Transparenz bei bilateralen Gaslieferungsverträgen erwartet.<sup>14</sup>

---

<sup>12</sup>[http://www.ft.com/intl/cms/s/91508464-c661-11e3-ba0e-00144feabdc0,Authorised=false.html?\\_i\\_location=http%3A%2F%2Fwww.ft.com%2Fcms%2Fs%2F0%2F91508464-c661-11e3-ba0e-00144feabdc0.html%3Fsiteedition%3Dintl&siteedition=intl&\\_i\\_referer=#axzz3hI4MESFS](http://www.ft.com/intl/cms/s/91508464-c661-11e3-ba0e-00144feabdc0,Authorised=false.html?_i_location=http%3A%2F%2Fwww.ft.com%2Fcms%2Fs%2F0%2F91508464-c661-11e3-ba0e-00144feabdc0.html%3Fsiteedition%3Dintl&siteedition=intl&_i_referer=#axzz3hI4MESFS)

<sup>13</sup> SWP – Grenzen der Energieunion

<sup>14</sup> SWP – Grenzen der Energieunion

3. In der Frage der Umsetzung der Verbesserung des Klimaschutzes geht es vorrangig darum, die festgesetzten Ziele der EU-Energie- und Klimaziele 2030 zu erreichen. Um nicht den „energiepolitischen Riss“ hervorzurufen, gilt es, auf eine Mischung von Maßnahmen zu setzen, die sowohl eine freiwillige Selbstverpflichtung, als auch eine verbindliche Kontrolle durch die EU beinhaltet.

#### **IV. Gegensatz oder Ergänzung?**

Anhand der obigen Informationen kann man ohne weiteres feststellen, dass es zwischen den Zielen der deutschen Energiewende und der Energieunion auf europäischer Ebene Überschneidungen gäbe, welche bei einer Umsetzung der bisher bekannten Pläne zu einer gegenseitigen Begünstigung führen könnten.

Es gibt jedoch auch Hindernisse, welche meist auf den vorab identifizierten „energiepolitischen Riss“ zurückzuführen sind. Die sowohl von der deutschen Energiewende als auch von der europäischen Klimaagenda angestrebte Verbesserung des Klimaschutzes entfaltet naturgemäß erst eine Wirkung, wenn diese von vielen Staaten mitgetragen wird. Zweifelsohne gibt es in Fragen des Klimaschutzes ein europaweites Interesse, diesen zu verbessern und auszubauen, weshalb gerade der Klimaschutz ein positives Beispiel für die Konvergenz zwischen der deutschen Energiewende und der Energieunion ist. Aber auch die Schattenseite soll nicht unerwähnt bleiben: In Anbetracht dessen, dass viele mittel- und osteuropäische Staaten ihre Energiesicherheit mit Kohle erreichen können, bleibt abzusehen, wie ehrgeizig die Ziele der Energieunion im Endeffekt formuliert werden.

Zwei gemeinsame Ziele der Energieunion und der Energiewende sind eng miteinander verknüpft: Die Erhöhung der Energieeffizienz und die europaweite Förderung von Forschung und Innovation. Höhere Energieeffizienz ermöglicht die Reduzierung von Energieimporten und verursacht gleichzeitig eine Verbesserung in der Umweltbilanz. In diesem Fall könnten sich die deutsche Agenda der Energiewende und die Energieunion bestärken und geradezu eine Art Symbiose bilden.



Eng verzahnt mit dieser Frage ist die Energiesicherheit, mit welcher gegenwärtig meist die Reduzierung der Abhängigkeit von Russland gemeint ist. Man darf jedoch dieses Abhängigkeitsverhältnis gleichwohl nicht überdramatisieren. Denn nicht nur die EU ist abhängig von Russland, sondern ebenso Russland von der EU. Es macht jedoch Sinn, wenn sich die europäischen Länder als gemeinsamer Käuferverbund zusammenschließen, damit nicht schwächere Mitglieder einer Preisdiktatur ausgeliefert sind. Dieser Verbund ließe sich langfristig zu einer Europäischen Energieunion ausbauen, die uns mehr Unabhängigkeit und damit größeren Einfluss sichern kann.

Ein wichtiger Aspekt davon wird früher oder später auch die Umstellung auf erneuerbare Energien sein. Während in Deutschland und Europa fossile Energiequellen vergleichsweise spärlich vorhanden sind, besteht hinsichtlich regenerativer Energieproduktion zumindest theoretisch ein unermessliches Potenzial.<sup>15</sup> Echte Unabhängigkeit in Fragen der Energiesicherheit ist schließlich nur durch deutlich sinkende Importmengen zu erreichen. Deshalb macht es Sinn, die Problematik aus einer gesamteuropäischen Perspektive zu sehen: Die windigen Länder Skandinaviens und die sonnigen Länder Südeuropas bieten hervorragende Voraussetzungen. Anstatt sich mit den Bemühungen auf das weniger gut geeignete Deutschland zu versteifen, könnte man eine effizientere Lösung erreichen: Eine energetische Verbindung Europas – ein sogenanntes "European Super Grid" – könnte dieses Problem in Zukunft überwinden. Angesichts der zahlreichen technischen, finanziellen und nicht zuletzt politischen Hindernisse zählt diese Idee jedoch zur Kategorie Zukunftsmusik.<sup>16</sup> Denn die gegenwärtige Realität sieht anders aus: In vielen Mitgliedstaaten wiegt die Priorität die nationale Energiesicherheit schnellstmöglich zu erreichen ungleich höher, als in teure grüne Zukunftstechnologien zu investieren.

Die Ziele der Energiewende und die der Energieunion ergänzen sich in nicht unerheblichem Maße – auch wenn diese jeweils mit anderen Mitteln erreicht

---

<sup>15</sup> <http://www.handelsblatt.com/technik/das-technologie-update/frage-der-woche/erneuerbare-energien-was-hat-am-meisten-potenzial-solar-wind-oder-wasserkraft/10855216.html>

<sup>16</sup> <http://www.zeit.de/zeit-wissen/2011/03/Supergrid/seite-3>



werden sollen. Vom Atomausstieg wird Deutschland auf kurze Sicht nicht alle europäischen Nachbarn überzeugen können. Deshalb ist klar, dass die EU auf mittlere Sicht nur eine vollständige Selbstversorgung durch einen Energiemix erreichen kann, welcher von Staat zu Staat anders ausfällt.

Je mehr man sich jedoch mit der europäischen Energieunion beschäftigt, desto deutlicher treten die geschilderten Hindernisse zutage. Trotz Ukraine Krise ist der Druck auf die Mitgliedstaaten schlicht und ergreifend noch nicht groß genug, um freiwillig nationalstaatliche Kompetenzen abzugeben. Das zunehmende Zusammenwachsen der nationalen Strom- und Gasmärkte ist jedoch eine Entwicklung, welche mittelfristig eine gemeinsame Politik auf EU-Ebene erforderlich machen könnte.

Trotz aller Hindernisse gibt es berechtigte Hoffnungen dazu, dass sich auf lange Sicht die Energiewende und die Energieunion in bestimmten Bereichen gegenseitig befruchten und bestärken. Es ist also wichtig und vorausschauend, dass die Juncker-Kommission die dafür notwendigen Weichen richtig stellt.